



DIHK-Report Unternehmensgründung 2023

Gründungsinteresse
auf historischem Tief

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam Gründen**



Impressum

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) | Berlin | Brüssel
Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand – Berlin 2023

DIHK Berlin

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon: 030 20308-0 | Telefax: 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon: +32-2-286-1611 | Telefax: +32-2-286-1605

@ info@dihk.de

🌐 www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News
#GemeinsamGründen

ISSN-Nr.

1869-7704

Redaktion

Dr. Marc Evers, DIHK, Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand

Grafik

Friedemann Encke, DIHK

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Bildnachweis

Titelbild: Getty Images

Stand

Juli 2023

DIHK-Report Unternehmensgründung 2023

Gründungsinteresse auf historischem Tief

Mit dem DIHK-REPORT UNTERNEHMENSGRÜNDUNG legt die DIHK jährlich eine Einschätzung der IHK-Organisation zum Gründungsgeschehen in Industrie, Handel und den Dienstleistungsbranchen in Deutschland vor. Grundlage für die DIHK-Aussagen sind Erfahrungsberichte der rund 350 IHK-Existenzgründungsberaterinnen und -berater aus den 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) sowie eine statistische Auswertung zum IHK-Gründungsservice.

Der Auswertung liegen u.a. die Einschätzungen der IHK-Gründungsberaterinnen und -berater zur Qualität der vorgelegten Geschäftskonzepte sowie zum Gründungsgeschehen im weiteren Jahresverlauf 2023 zugrunde. Die Befragung der Expertinnen und Experten fand vom 8. Februar bis zum 14. März 2023 statt.

Insgesamt fußt der DIHK-Report Unternehmensgründung 2023 auf rund 170.000 Kontakten aus dem IHK-Gründungsservice mit angehenden Unternehmerinnen und Unternehmern aus Einstiegsgesprächen, Beratungen, Gründungsveranstaltungen und Gründertagen. Im deutschsprachigen Raum dürfte keine andere Auswertung vorliegen, die sich auf eine vergleichsweise hohe Zahl von Erfahrungen von Gründer/innen stützt.

Im Jahr 2023 wird der Report wieder ergänzt durch eine Befragung der IHKs und des DIHK zu Empfehlungen an die Politik. Über 600 Antworten liegen der Auswertung zugrunde. Die Befragung fand ebenfalls vom 8. Februar bis zum 14. März 2023 statt.

Die Datengrundlage für den DIHK-Report Unternehmensgründungen

IHK-Gründungsservice – zwei Stufen zur Gründung

Die IHKs unterstützen Gründerinnen und Gründer neutral und ohne gewerbliches Interesse zu den wirtschaftlichen Aspekten einer Unternehmensgründung, zur Gründungsförderung sowie zu den notwendigen Genehmigungen und Anmeldungen. Ihr Service ist zweistufig:

Auf der **ersten** Stufe vermitteln die IHKs in Einstiegsgesprächen, Informationsveranstaltungen, Webinaren, Gründertagen, Print- und Web-Informationen Basisinformationen zur Existenzgründung:

- Gegenstand sind grundlegende Informationen zur unternehmerischen Selbstständigkeit, die alle angehenden Unternehmerinnen und Unternehmer unabhängig vom konkreten Geschäftsvorhaben vor dem Start benötigen.
- Typische Themen sind etwa persönliche und fachliche Voraussetzungen für die Selbstständigkeit, betriebswirtschaftliche Planrechnungen sowie die soziale Absicherung.

Auf der **zweiten** Stufe bieten die IHKs in ihren Gründungsberatungen konkrete Services an:

- Der IHK-Gründungsberatung liegt bereits ein konkretes Geschäftsvorhaben zugrunde.
- Die konkreten Geschäftskonzepte werden in ein- bis zweistündigen persönlichen Gesprächen – auch online – mit Existenzgründerinnen und -gründern erörtert.
- Typische Fragen: Was ist das Besondere an der Geschäftsidee? Wie entwickelt sich die Branche, in der die Gründung erfolgen soll? Welche Fördermöglichkeiten gibt es? Welche Finanzierungsmöglichkeiten existieren? Wie sollten erste Gespräche mit möglichen Finanzierungspartnern vorbereitet werden?
- Die IHKs erstellen Stellungnahmen zu Förderanträgen von Gründerinnen und Gründern, deren Geschäftsvorhaben vorher in der IHK-Gründungsberatung erörtert werden.

IHKs vermelden abermaligen Rückgang der Gründungsgespräche

Immer weniger Menschen in Deutschland wollen ein Unternehmen gründen. Für das Jahr 2022 vermelden die Industrie- und Handelskammern abermals einen Rückgang der Informations- und Beratungsgespräche zur Neugründung. Die Zahl der Gespräche ist im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozent gesunken und erreicht mit 154.785 einen Tiefstand in der seit 2002 geführten Zählung. Im Teilsegment der Gründungsberatung, der ein konkretes Geschäftskonzept zugrunde liegt, beträgt der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr sogar acht Prozent. In den Einstiegsgesprächen sehen die

IHKs zwei Prozent weniger Interessenten als noch 2021. Ein Gründungsschub nach der Corona-Pandemie etwa in Handel oder Gastronomie ist ausgeblieben – im Gegenteil: Gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 verzeichnen die IHKs einen Rückgang der Gründungsgespräche um deutliche 42 Prozent.

Auch der längerfristige Trend zeigt nach unten. Seit 13 Jahren erkundigen sich jeweils weniger Personen bei den IHKs zu Unternehmensgründungen, unterbrochen von Ausnahmen in den Jahren 2016 und 2019.

Interesse an Unternehmensgründungen auf historischem Tief

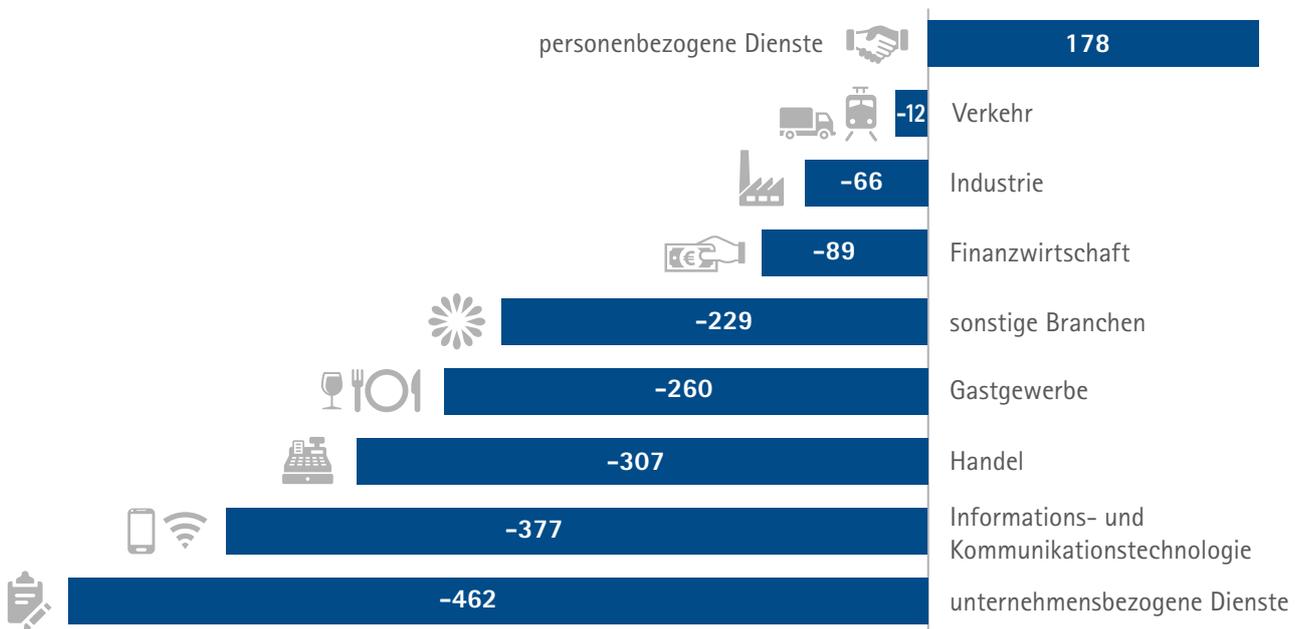
IHK-Gespräche mit Existenzgründern – persönlich und online
Berichte der IHKs zu ihrem Gründungsservice 2022



Weniger Gründungsinteresse – ausgerechnet auch in Zukunftsfeldern

Weniger Gründende bei Unternehmensdiensten, bei IKT und im Handel

IHK Gründungsberatung Gründungsbranchen | Berichte der IHKs zu ihrem Gründungsservice 2022



Rückgänge sehen die IHKs einerseits in klassischen Gründungsbranchen, wie Gastronomie und Handel, hier insbesondere auch im stationären Einzelhandel. Gerade in diesen Feldern wird Unternehmertum für viele Menschen vor Ort konkret erfahrbar. Hier dürften viele regionale Angebote der Nahversorgung und auch des lokalen Austauschs zu Lasten der regionalen Standortqualität verloren gehen. Hohe Inflation und hohe Energiepreise treiben zudem die Kosten der Unternehmen und schmälern auf der Absatzseite die Kaufkraft der privaten Kunden. Diese Gemengelage erhöht insbesondere in konsumnahen Branchen die Unsicherheit für viele Geschäftsmodelle.

Auch vergleichsweise „zukunftsbezogene“ Branchen wie unternehmensnahe Dienstleistungen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) verlieren an Zulauf. In

diesen Branchen sehen die IHKs sogar die größten Rückgänge in ihren Beratungen.

Mithin ist auch der Anteil an der IHK-Gründungsberatung von schwerpunktmäßig digitalen Geschäftsmodellen (21 Prozent, Vorjahr 27 Prozent) und von Geschäftsmodellen mit Marktneuheiten (8 Prozent, Vorjahr 9 Prozent) gesunken. Auch dies stimmt bedenklich, denn gerade in einer Zeit vieler Umbrüche und wachsender Anforderungen einer Transformation hin zu Klimaneutralität und zu Digitalisierung kommt es auf neue Ideen und Innovationen an.

Die IHKs berichten zudem, dass manche Interessentinnen und Interessenten ihre Gründung aufschieben, um ihr Geschäftsmodell neuen Gegebenheiten anzupassen.

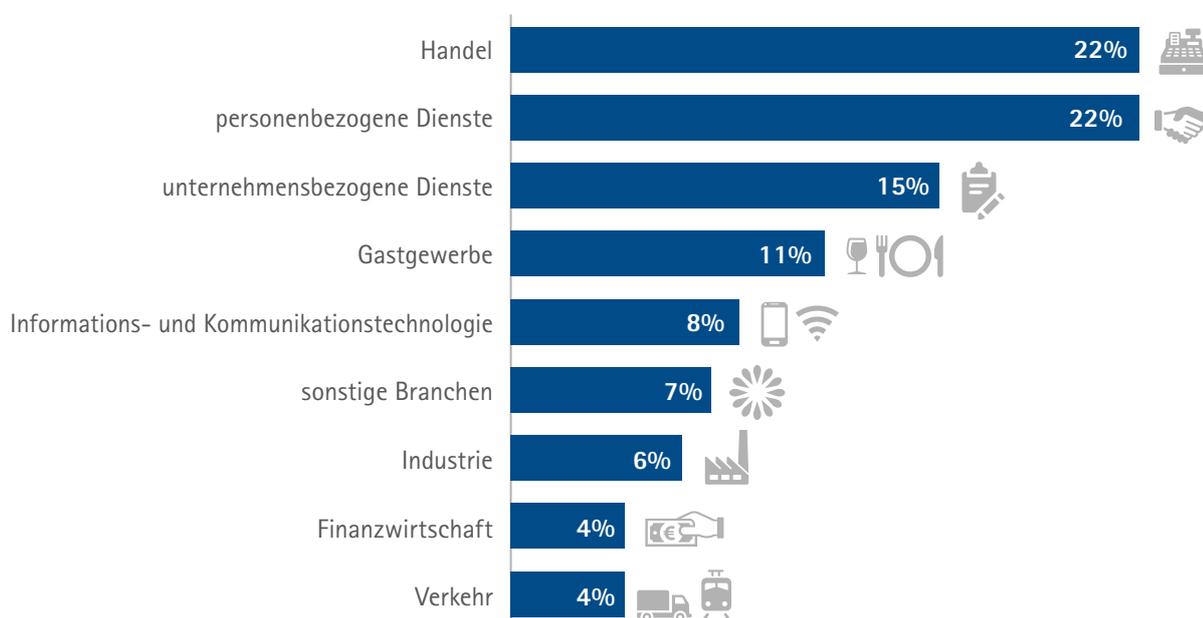
Auch bei anderen Formaten ihres Gründungsservice sehen die IHKs teils deutliche Rückgänge, so bei Gründungsveranstaltungen und -seminaren (minus 24 Prozent auf 18.318 Teilnehmer), Informationsveranstaltungen und Gründertagen (minus 13 Prozent auf 15.189) und Sprechtagen zur Existenzgründung (minus 12 Prozent auf 5.370).

Im Vergleich der Branchen wollen die meisten der von den IHKs Beratenen im Handel, den Dienstleistungsbranchen oder dem Gastgewerbe gründen (zusammengenommen 70

Prozent aller Teilnehmenden an IHK-Gründungsberatungen). Acht Prozent wollen in der der IKT-Branche gründen, darunter auch viele innovative und wachstumsorientierte Start-ups. Insgesamt schätzen IHKs den Anteil innovativer und wachstumsorientierter Gründungsprojekte über alle Branchen hinweg auf etwa acht bis zehn Prozent. In den vergleichsweise kapitalintensiven Industriebranchen wollen sechs Prozent gründen, hier ist der Markteintritt infolge hoher Startinvestitionen in Maschinen, Labore etc. oft vergleichsweise teuer.

Handel, Dienstleistungen und Gastgewerbe am beliebtesten

IHK Gründungsberatung Gründungsbranchen | Berichte der IHKs zu ihrem Gründungsservice 2022



Unternehmerische Berufung nach wie vor das Hauptmotiv

Die meisten von den IHKs Beratenen wollen in erster Linie aus unternehmerischer Berufung heraus gründen. Das Motiv „mangelnde Erwerbsalternativen“ liegt nur bei einem guten Viertel im Fokus. Diese Motivlage spiegelt vor allem auch den

noch immer gut laufenden Arbeitsmarkt wider. Vereinzelt berichten IHKs von mehr Anfragen aus der Erwartung heraus, dass der Arbeitgeber mangels Nachfolgeregelung schließen könnte.

Unternehmenswerkstatt Deutschland

Mit der Unternehmenswerkstatt Deutschland bieten 56 IHKs (Stand Juni 2023) eine durchgängige Plattform an, um Unternehmen über alle Phasen zu unterstützen – von Gründung, über Wachstum und Sicherung, bis hin zur Unternehmensnachfolge. Gründende, Start-ups und etablierte Unternehmen nutzen sichere virtuelle Projekträume, professionelle Projektvorlagen und persönliche Beratung durch IHK-Expertinnen und -Experten mit vielen weiteren Angeboten. Damit kombinieren die IHKs einen breit angebotenen digitalen Service mit der individuellen Begleitung vor Ort: www.uwd.de

Gründungen durch Frauen: Hauptmotive sind Flexibilität und Finanzen

Auch im Jahr 2022 liegt der Anteil der Frauen an den Gründungsinteressierten bei 43 Prozent. Das Gründungsinteresse von Frauen bleibt damit stabil. Vor zwanzig Jahren betrug der Anteil 33 Prozent, seit 2010 liegt er durchweg bei 40 Prozent oder höher.

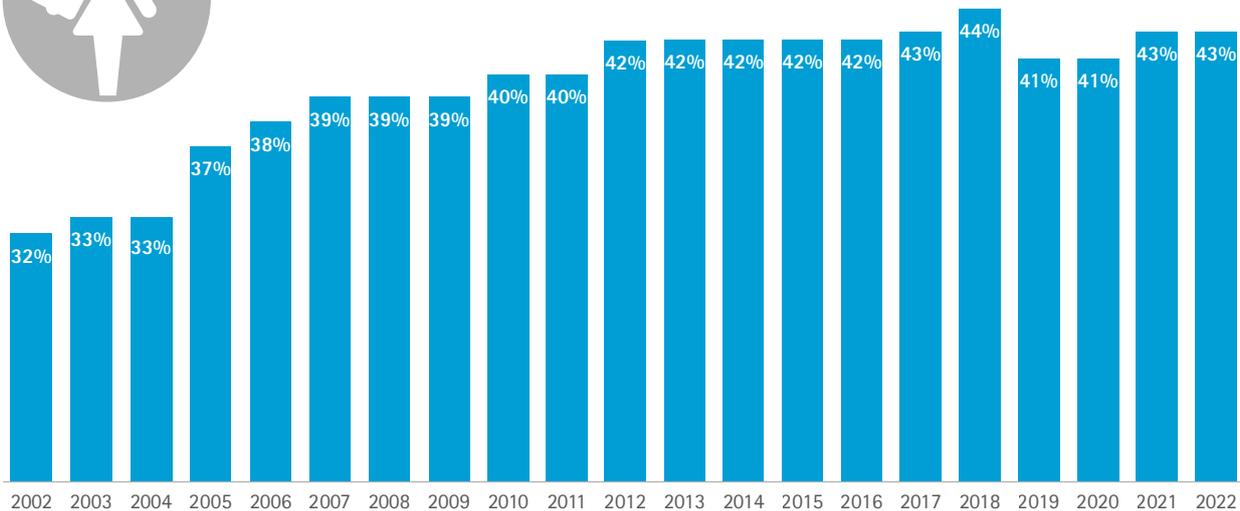
Bei Gründungen durch Frauen ist die durch die Selbstständigkeit gewonnene Flexibilität ein zentrales Motiv (berichten 93

Prozent der IHKs). 58 Prozent der IHKs sehen finanzielle Anreize als wichtigen Faktor. Nach Einschätzung von 38 Prozent der IHKs wollen Frauen mit ihrer Gründung vor allem auch zum Gemeinwohl im Sinne von Social Entrepreneurship beitragen. Zwölf Prozent sehen einen Mangel an Erwerbsalternativen als Hauptgründungsmotiv.

Gründungsinteresse von Frauen bei knapp unter 50 Prozent



Anteil an IHK-Gründungsgesprächen
Berichte der IHKs zu ihrem Gründungsservice 2022



Auch weniger IHK-Stellungnahmen für den Gründungszuschuss als im Vorjahr

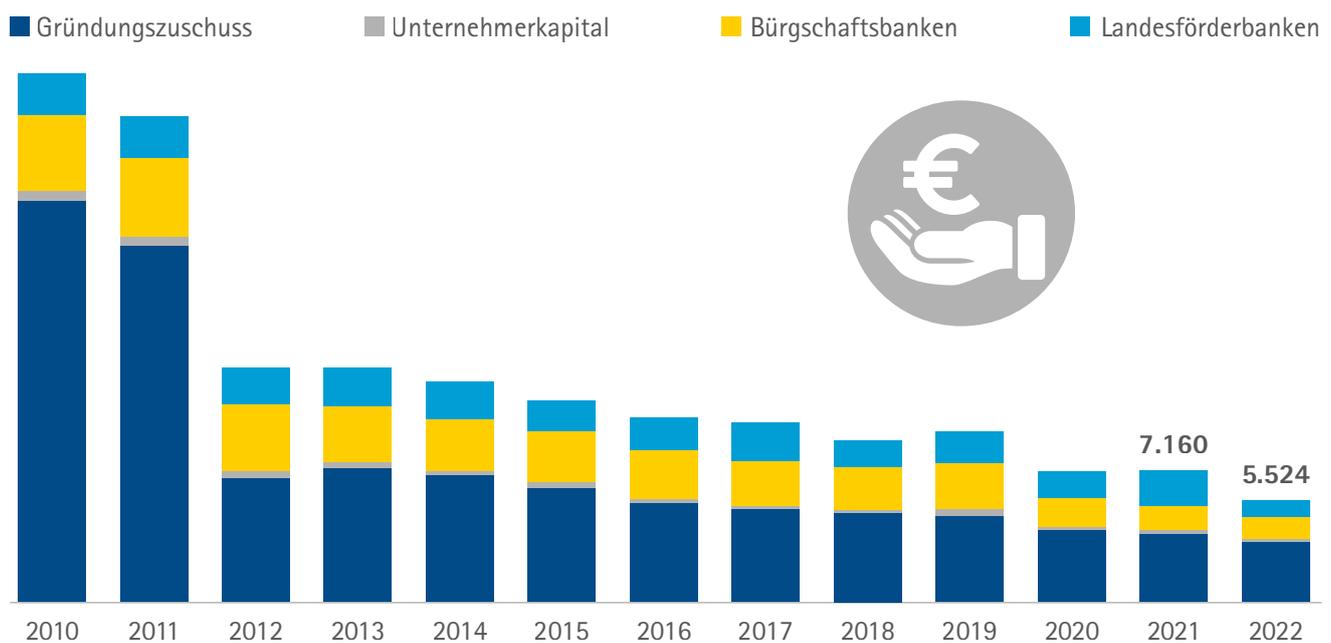
Die gute Arbeitsmarktlage spiegelt auch die Zahl der Stellungnahmen wider, die die IHKs im Jahr 2022 für Förderanträge von Gründerinnen und Gründern abgegeben haben. Elf Prozent weniger Stellungnahmen haben die IHKs für den Gründungszuschuss für arbeitslose Gründungsinteressierte abgegeben. Mit 3.293 Stellungnahmen macht dieses Förderinstrument jedoch weiterhin das Gros der IHK-Stellungnahmen aus (Anteil von 60 Prozent). Für Bürgschaften gaben die IHKs 21 Prozent ihrer Stellungnahmen ab, für Programme der Landesförderbanken 17

Prozent, für KfW-Förderungen zwei Prozent.

Mit Inkrafttreten der gesetzlichen Änderungen im Zuge des Bürgergeld-Gesetzes wurde für den Gründungszuschuss der sog. Vermittlungsvorrang aufgehoben. Der Zuschuss kann mithin auch beantragt werden, wenn eine Vermittlung in abhängige Beschäftigung noch nicht geprüft wurde. IHKs rechnen daher damit, dass die Zahl der Stellungnahmen für den Gründungszuschuss steigen wird.

Auch IHK-Stellungnahmen rückläufig

IHK-Stellungnahmen für Gründerinnen und Gründer | Berichte der IHKs zu ihrem Gründungsservice 2022



Finanzierung bei der Gründungsberatung wieder stärker im Fokus

Fragen der Finanzierung gewinnen in der Gründungsberatung wieder an Bedeutung – steigende Zinsen machen die Fremdkapitalfinanzierung teurer, Investoren mit Beteiligungskapital unterziehen Geschäftsmodelle einer genauen Prüfung hinsichtlich Markt- und Renditepotenzial. Umso schwerer wiegt, dass nach

der Einschätzung der IHK-Expertinnen und -Experten immerhin 42 Prozent der Gründerinnen und Gründer die Finanzierung ihres Geschäftsmodells nicht gründlich genug durchdacht haben. Verbesserungspotenzial sehen IHKs auch bei der Herausarbeitung des Alleinstellungsmerkmals und des Kundennutzens sowie der

Kundenzielgruppe (36 respektive 33 Prozent). Unter dem Strich attestieren IHKs allerdings auch aktuell den meisten Gründerin-

nen und Gründern, dass sie die IHK-Gründungsberatungen besser vorbereitet als in früheren Jahren aufsuchen.

Finanzierungsfragen gewinnen an Bedeutung

IHK-Gründungsgespräche – Defizite in Geschäftskonzepten
Berichte der IHKs zu ihrem Gründungsservice 2022



2. Die Gründe: Demographie, ein gut laufender Arbeitsmarkt – und stark gewachsene Unsicherheit

Die demografische Entwicklung hinterlässt ihre Spuren im deutschen Mittelstand. Das gilt auch für die Unternehmensgründung. In den Altersjahrgängen zwischen 18 bis ca. 35 Jahren ist nach IHK-Erfahrungen die Neigung, ein Unternehmen zu gründen, am stärksten ausgeprägt. In den letzten Jahren beobachten die IHKs sogar ein wachsendes Gründungsinteresse in den jüngeren Jahrgängen. Diese Alterskohorten sind jedoch Jahr für Jahr immer schwächer besetzt – die gründungsstarken Jahrgänge dünnen aus. In der Folge ergibt sich schon rein demografisch bedingt ein dämpfender Effekt auf die Gründungsneigung insgesamt.

Zudem: Ein Unternehmen zu gründen hat Opportunitätskosten. Deren Höhe wird in erster Linie durch die alternativen Betätigungsmöglichkeiten beeinflusst. Der zunehmende

Personalmangel macht Angestelltenverhältnisse deutlich lukrativer. Auf der anderen Seite beeinflussen die Rahmenbedingungen das Gründungsgeschehen. Bei zunehmendem Fachkräftemangel wird es offensichtlich auch für junge Unternehmen und innovative Start-ups immer schwieriger, geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Bord zu holen.

Aktuell kommen nach Berichten der IHKs weitere hemmende Faktoren hinzu, vor allem infolge der Krieges Russlands in der Ukraine, hoher Energiepreise und hartnäckiger Inflation. All das erhöht die Unsicherheiten bezüglich zukünftiger Marktentwicklungen, erhöht das unternehmerische Risiko und hemmt so das Interesse an Neugründungen.

Was Gründende wollen – eine wirtschaftspolitische Agenda für mehr Unternehmertum

Gründerinnen und Gründer bewerten den Wirtschaftsstandort Deutschland gerade einmal mit einem schwachen „befriedigend“. Das ist das Ergebnis einer Befragung von Gründerinnen und Gründern, Start-ups und jungen Unternehmen, die online über die 79 regionalen Industrie- und Handelskammern (IHKs)

erfolgte. Ausgewertet wurden 606 Antworten. Die Online-Umfrage ist ein Teil des diesjährigen DIHK-Reports Unternehmensgründung. Die Gründerinnen und Gründer benennen in dieser Umfrage, wo es dringenden Handlungsbedarf gibt.

Zeit zum Gegensteuern – Was die Politik jetzt tun sollte

Was muss geschehen, um den Gründungsstandort Deutschland zu verbessern?

606 Antworten von Gründerinnen und Gründern (Januar bis März 2023)



Welche Maßnahmen können dem rückläufigen Gründungsinteresse entgegenwirken? Zu dieser Frage liefert eine Umfrage der DIHK und der IHKs bei Gründenden, Start-ups und jungen Unternehmen ein klares Bild. Wie im Vorjahr bewerten die Gründerinnen und Gründer insgesamt die Qualität des Grün-

dingsstandort Deutschland gerade einmal mit einem schwachen „befriedigend“. Aus den Antworten von 606 Unternehmerinnen und Unternehmern lässt sich eine Agenda für die Politik ableiten:

- Den Abbau bürokratischer Hemmnisse sehen mit 69 Prozent die meisten Unternehmerinnen und Unternehmer als Hauptaufgabe der Politik. Die Zeit für die Erledigung von Dokumentations- und Meldepflichten hemmt vielfach die Geschäftstätigkeit. In Betrieben des Gastgewerbes etwa müssen Unternehmer/innen nach einer DIHK-Studie durchschnittlich allein 14 Stunden pro Woche dafür einsetzen, die bürokratischen Anforderungen zu erfüllen. (DIHK-Impulspapier „Bürokratiebelastung im Gastgewerbe“, 2020)
- Die Unternehmen erwarten die Schaffung rascher, gebündelter und einfacher Prozesse. Die hierfür im Onlinezugangsgesetz (OZG) vorgesehenen Verfahren sollten mithin zeitnah umgesetzt werden. Grundlegend hierfür sind das bundesweit einheitliche Unternehmenskonto und die einheitliche Identifikationsnummer für Unternehmen. Beides sind zugleich Voraussetzungen für ein funktionierendes „Once-only“-Prinzip. In diesem Sinne sollte auch das im Koalitionsvertrag gesetzte Ziel, die Gründung eines Unternehmens innerhalb von 24 Stunden zu ermöglichen, konsequent angegangen werden. Verwaltungsvorgänge sollten dabei durchgängig medienbruchfrei und digital abgewickelt werden können.
- Nahezu alle gewerblich Gründenden müssen ihr Gewerbe anmelden. Die entsprechende OZG-Schnittstelle sollte deshalb technologieoffen allen gründungsrelevanten Institutionen ermöglichen, Gewerbeanmeldungen online anzubieten. Auf diese Weise könnten Institutionen die Online-Gewerbeanmeldung in ihre weiteren Services einbinden und so den Gründenden Wege deutlich verkürzen. So könnte eine Vielzahl von Gründerinnen und Gründern erreicht und der Gründungsprozess in der Breite der Wirtschaft beschleunigt werden. Dies erlaubt es etwa den IHKs, einen Gründungsservice aus einer Hand anzubieten – von der Erstinformation über die Gründungsberatung bis zur Online-Gewerbeanmeldung.
- Anträge und Formulare sollten in einer verständlicheren Sprache verfasst werden. Dies würde allen, aber insbesondere auch nicht-deutschsprachigen, Gründer/innen helfen. Insgesamt wünschen sich viele Gründende eine flexible und kundenfreundliche Verwaltung – und dies mit einem Mindset, welches das Unternehmen und seine konkreten Fragen und Bedürfnisse stärker in den Blick nimmt. Hilfreich wäre ein Perspektivwechsel: Warum nicht einmal Verwaltungsmitarbeitende oder -chefs in die Rolle eines Existenzgründers schlüpfen lassen? Eine niederschwellige Möglichkeit wären etwa Praktika von Auszubildenden oder auch Studierenden der Verwaltungswissenschaften in jungen Unternehmen. Denn die reine Gewerbeanmeldung ist lediglich der erste Schritt für ein neu in den Markt eintretendes Unternehmen.
- Helfen würden „Praxis-Checks“ von Verwaltungsvorgängen. So könnten z. B. Gründende und Start-ups unternehmensrelevante Verwaltungsprozesse testen und ihre Praxisexpertise in die Weiterentwicklung einbringen. Dies würde es erleichtern, weitere Verfahren zu verbessern und Prozesse zu beschleunigen und so guten unternehmerischen Ideen den Weg zu ebnen. (DIHK-Impulspapier „10 Tempo-Thesen“, 2023)
- 58 Prozent der Befragten fordern Vereinfachungen im komplexen Steuersystem. Die Ankündigungen zu Maßnahmen im Entwurf eines Wachstumschancengesetzes machen hier Hoffnung. Die DIHK sieht in der Erhöhung von Schwellenwerten und der Vereinfachung von Formularen gute Anknüpfungspunkte und schlägt vor:
 - ▶ Anhebung der Kleinunternehmergrenze, ab der Unternehmen die Umsatzsteuer ausweisen müssen, auf einen relevanten Vorjahresumsatz von 35.000 Euro (derzeit 22.000 Euro) und einen voraussichtlichen Umsatz im laufenden Jahr von 85.000 Euro (derzeit 50.000 Euro). Dies orientiert sich an der EU-Mehrwertsteuersystem-Richtlinie, die eine Kleinunternehmergrenze von maximal 85.000 Euro zulässt.
 - ▶ Erhöhung der Grenze für die Buchführungspflicht, ab der Bilanzen zu führen sind, von 60.000 auf 100.000 Euro Jahresgewinn, bzw. von 600.000 auf 1 Mio. Euro Jahresumsatz (im Referentenentwurf zum Wachstumschancengesetz sind immerhin Obergrenzen von 80.000 Euro Jahresgewinn bzw. 800.000 Euro Jahresumsatz vorgesehen). Das würde es auch vielen jungen Unternehmen ermöglichen, anstelle einer Bilanz eine weniger aufwändige Einnahme-Überschussrechnung (EÜR) aufzustellen.
 - ▶ Deutliche Vereinfachung des „EÜR-Formulars“. Derzeit sind hier vom Steuerpflichtigen 126 Angaben zu machen – deutlich mehr, als das Handelsgesetzbuch von bilanzierenden Unternehmen verlangt (22 Angaben). Viele Einzel- bzw. Familienunternehmen mit sehr einfacher Umsatz- und vor allem Kostenstruktur – darunter auch ein großer Teil der 1,9 Mio. Solo-Selbstständigen – nutzen das EÜR-Formular. Eine Umsetzung dieser steuerlichen Maßnahmen wäre ein starkes Willkommens-Signal der Politik an neue Unternehmen.
- 33 Prozent der Gründenden mahnen einen einfacheren Zugang zu öffentlichen Förderungen an. Dazu gehören einfache und verständliche Antragsprozesse. Hilfreich wären durchweg digitale, nutzerfreundliche und selbsterklärende Förderplattformen mit transparenten Feedbacks an Antragsteller insb. auch bei Ablehnungen.

Zu Jahresende 2022 wurde das KfW-Programm ERP-Kapital für Gründung ausgesetzt, das nach IHK-Erfahrungen insbesondere für mittlere und größere Finanzierungsvolumina bei Gründungs- und Nachfolgeprojekten hilfreich ist. Bundes- und Landesregierungen sollten hier rasch Lösungen für dieses für den Mittelstand wichtige Förder-Segment finden.

- Mehr Verständnis für Unternehmertum in der Gesellschaft fordern 28 Prozent der Gründenden ein. Hierzu gehört eine systematischere Vermittlung von ökonomischen Inhalten schon in Schulen. Die IHKs sehen aus den Erfahrungen ihres Gründungsservice zwar durchaus Verbesserungen, aber noch immer viele Defizite, etwa in Finanzierungsfragen. Gutes Grundlagenwissen und ein realistisches Gespür für die Praxis wären daher wichtig.
- Manche der Befragten fordern, jede Schülerin und jeder Schüler solle sich mit dem Thema „Unternehmertum“ systematisch beschäftigen, etwa in Form von Schülerfirmen. Hilfreich wäre auch eine bessere Bündelung der Informationen und Anforderungen an minderjährige Gründerinnen und Gründer, wie es etwa im Portal #GründenNRW unter Mitwirkung auch von IHKs realisiert wurde. Denn häufig sind die Zuständigkeiten bei der Erlaubniseinholung durch die Eltern intransparent und die Verfahren dauern nicht selten mehrere Wochen oder Monate. Oft ist dann bei den Jugendlichen das Interesse erloschen. IHKs können auch den Kontakt zu „echten“ Unternehmerinnen und Unternehmern organisieren – dies trägt zu einem realistischen Bild von den unternehmerischen Chancen und Herausforderungen bei.
- 20 Prozent der Gründenden sehen Defizite in der IT-Infrastruktur, insb. in der Versorgung mit schnellem Internet in ihren Regionen.
- Einen besseren Zugang zu Fremdkapital, dem „klassischen“ Finanzierungsweg für viele Gründungen, fordern 16 Prozent ein. Gerade im Umfeld steigender Zinsen dürfte die Fremdkapitalfinanzierung für viele Gründende absehbar schwieriger werden. 16 Prozent fordern einen besseren Zugang zu Beteiligungskapital und Investoren, darunter auch viele innovative Start-ups. Angesichts der erforderlichen hohen Investitionsvolumina, die mit der Transformation hin zur Klimaneutralität und mit der Digitalisierung notwendig werden, wird dieser Finanzierungsweg an Bedeutung gewinnen. Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz will die Bundesregierung diesen Weg erleichtern, etwa mit einem besseren Zugang von Start-ups und mittelständischen Unternehmen zu den Aktienmärkten und mit der Erleichterung von Anlagen von institutionellen Investoren bei Start-ups, Wachstumsunternehmen und KMU. Ein wichtiger steuerrechtlicher Punkt: Investoren können beim Einstieg in Unternehmen Verluste in Deutschland lediglich bei Einhaltung bestimmter Vorgaben vortragen. Eine Bedingung ist, dass das Geschäftsmodell nicht verändert wird. Das ist gerade für Start-ups in einem hoch innovativen Umfeld praxisfern und hält Investoren ab.
- Elf Prozent der Gründerinnen, Gründer und jungen Unternehmen fordern einen besseren Zugang zu gut qualifizierten Fachkräften. Die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen bietet diesen Unternehmen die Möglichkeit, Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden, die am Markt nur schwer zu finden sind und denen noch keine marktgängigen Gehälter gezahlt werden können. Nach geltender Rechtslage führt der den Beschäftigten gewährte Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Überlassung von Kapitalbeteiligungen (Aktien, GmbH-Anteile etc.) zu einem geldwerten Vorteil. Das Zukunftsfinanzierungsgesetz sieht hier Verbesserungen durch eine Anhebung des für den geldwerten Vorteil maßgeblichen Steuerfreibetrags und eine aufgeschobene Besteuerung vor. Der Ausschluss von Entgeltumwandlungen im derzeitigen Referentenentwurf verschließt jedoch gerade für junge Unternehmen die Möglichkeit für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen, so dass diese im Wettbewerb um die besten Köpfe ihre im Durchschnitt geringere Finanzkraft nicht ausgleichen können. Start-ups monieren zudem bürokratische Hürden beim Recruiting von Fachkräften aus dem Ausland, wie schleppende Verfahren bei der Visa-Vergabe.
- Eine bessere Vernetzung mit etablierten Unternehmen sowie mit anderen Gründerinnen und Gründern suchen zehn respektive sieben Prozent. Hier bieten die IHKs vor Ort bereits viele Anknüpfungspunkte, wie etwa Formate unter dem Motto „Start-ups meet Mittelstand“. Eine weitere Möglichkeit wäre, in den Regionen systematisch die Zusammenarbeit mit Coworking Spaces, Accelerator-Einrichtungen und Company Buildern zu entwickeln.

Gründen ist vielfältig

Unter diesem Motto führten 58 IHKs im vom 14. bis 18. November 2022 eine bundesweite IHK-Aktionswoche durch, um Gründerinnen und Gründern den Weg in eine erfolgreiche Selbstständigkeit zu erleichtern. Ob Gründung aus der Hochschule, dem Angestelltenverhältnis, der Arbeitslosigkeit oder im ländlichen Raum, ob als Dienstleister, im Handel oder im produzierenden Gewerbe, als Franchisenehmer, in der Unternehmensnachfolge oder mit einem eigenen Konzept: Die IHKs informierten über Wege und auch Netzwerke, die bei der Gründung unterstützen. Die Themenpalette war ebenso bunt und vielfältig wie das Gründen selbst: Kundenpotenziale, Mitbewerber, Standort, Finanzierung und Entwicklung, Unternehmenskonzept, Bankgespräch, Rechtsformen, Fördermittel, betriebliche Versicherungen, soziale Absicherung – die IHKs erörterten mit den Teilnehmenden den passenden Weg und stehen über die Aktion hinaus für jede Phase einer Gründung mit Rat und Tat zur Seite.



Deutsche
Industrie- und Handelskammer